

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 53. Für unerlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 277

Donnerstag, den 28. November 1918

13. Jahrgang

Die kritische Lage Deutschlands.

Eine Darstellung des Volksbeauftragten Barth in Berlin.

Deutschlands kritische Lage.

Der Ernährungsbankrott. — Die Sozialisierung. — Ein blutiger Konflikt in Lennep. — Die Oberste Heeresleitung. — Der Präliminarfrieden.

In den Germania-Sälen in Berlin wurde gestern eine Tagung der Groß-Berliner Arbeiterräte eröffnet, die sich mit den wirtschaftlichen Fragen innerhalb der Betriebe und der Stellung der Unternehmehrbeschäftigten. Der Volksbeauftragte Emil Barth leitete die Beratung mit einem ausführlichen Bericht ein, worin er mit rückhaltloser Offenheit und Deutlichkeit über die wirtschaftliche Lage aussprach. Wenn es so weiter geht, wie es in der letzten Woche gegangen ist, sind wir mit unserem Vorkriegsstand zu Ende. Das Kriegsernährungsamt hat förmlich eine Bankrottspolitik betrieben. Noch schlimmer liegt es auf dem Gebiete der Wirtschaft. Die Kohlenförderung ist in den letzten vier Wochen auf weniger als den vierten Teil des Friedensstandes herabgegangen, trotzdem wurde in Oberschlesien gestreikt. Ebenso schlimm ist es in der Transportfrage. Es müssen Transportmittel mit Anspannung aller Kräfte hergestellt werden. Heute fällt auch die Entscheidung für die Mackensen-Armee. Voraussetzungen sind der größte Teil von ihr den Feldweg in Fußmärschen zurücklegen müssen. 7 bis 8 Millionen Menschen kehren in den Produktionsprozess zurück. Wenn dem Frieden müssen wir Arbeit und Brot bringen, sonst können wir uns nicht behaupten. Experimente einzelner Gruppen können nicht geduldet werden. Zur Durchführung der Sozialisierung gehört ein organischer und klar durchdachter Plan. Wenn jetzt einzelne Erwerbsgruppen ohne Rücksicht auf die anderen vorgehen, richtet sich der Kampf nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern gegen die sozialistische Republik. Genau wie wir von der Arbeiterklasse ein organisches Einschreiten im Interesse des Sozialismus verlangen, so verlangen wir aber auch ein festes Einschreiten der Unternehmer, ohne Rücksicht auf den eigenen Nutzen. Wenn uns Sabotage der Unternehmer nachgewiesen wird, so werden wir mit der Entziehung des Eigentums antworten. Wenn das Rohmaterial zweckmäßig verwertet wird, können für die erforderlichen Transportmittel sofort Hunderttausende beschäftigt werden. Auf dem Lande müssen die Mittergüter sozialisiert werden. Alle diese Probleme können nur durch Kohle, Nahrungsmittel und bei voller Disziplin der Arbeiterklasse bewirkt werden. Wenn wir in den nächsten Monaten nicht die erforderlichen Nahrungsmittel bekommen, wird Deutschland bis zur nächsten Ernte durch Hungerhysterie verdrängt sein. Deutschland braucht Rohstoffe und kann sie nur erhalten durch sofortigen Abschluß des Präliminarfriedens. Schon ist die Gegenseite am Wert, um der Revolution den Garau zu machen. Darum müssen wir geschlossen und einträchtig handeln. Wir brauchen auch noch Munition, wir sind nicht feige genug, um ruhig mit anzusehen, wie ein General mit einer Prätoriansgarde die Revolution niederschlägt. (Wohlfahrt-Befall.) Um Remedur zu schaffen, haben wir im Kabinett sofort die Verlegung der obersten Heeresleitung nach Berlin verlangt. Ferner müssen sofort alle Erlasse, die das Tragen von roten Abzeichen verbieten, rückgängig gemacht und schließlich soll der General Eberhardt sofort zur Disposition gestellt werden.

Gestern ist es zwischen der Generallität zu den Reich (Westfalen) und dem U- und S. Rat zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen. Man hat die Mitglieder des bürgerlichen Soldatenrats verhaftet. Noch ist die Schuldfrage nicht geklärt, aber das eine ist sicher, wenn irgendein General, der da glaubt, sich auf seine Truppen stützen zu können, es wagen sollte, an irgendeiner Ecke des Reiches eine Gegenrevolution anzuknüpfen, wenn er es wagen sollte, einen Mann der neuen Regierung an die Wand zu stellen, werden wir ihm Weichschiss mit Weichschiss vergelten. Das Kabinett hat gestern Abend der Obersten Heeresleitung den Befehl gegeben, sich von Kaschau nach Berlin zu verlegen. Es hat ferner die sofortige Absetzung des Generals von Eber-

hardt verlangt. Noch ist zur Stunde keine Antwort der Obersten Heeresleitung eingelaufen; doch hofft man, daß die militärischen Stellen, getreu ihrer Zusicherung sich dem Willen der Regierung beugen werden.

Darf nun in einer solchen Zeit das Produktionsleben stillgelegt werden? Ist jetzt die Frage, ob Lohn, oder Akkordarbeit, die Hauptfrage? Das wäre eine Kurzsichtigkeit. Nach einem Jahr wird von der Akkordarbeit überhaupt nicht mehr gesprochen werden. Arbeitsentlassungen dürften erst dann erfolgen, wenn die Arbeitszeit für die Allgemeinheit auf vier Stunden herabgesetzt wird. Die vierstündige Arbeitszeit wird für die Uebergangszeit die Normalarbeitszeit sein. Nur wenn die Arbeiter rückhaltlos bis zum Äußersten gegen jeden Feind zusammenstehen, können wir die wahre, vollständig ausgebaute sozialistische Republik erreichen. (Stürmischer Beifall.)

Otto Tost erklärte, daß der Zentralrat der Marine jede Regierung unterstützen werde, die gewillt sei, auf der Grundlage der sozialistischen Republik energisch zu arbeiten. Die Marine stellt sich der Reichsregierung und dem Volkskongress geschlossen zur Verfügung.

Die Offfront gegen den Berliner Volkskongress.

In Berlin versammelte Delegierte der großen Soldatenräte der 8. und 10. Armee, der Stappe Bug, des Militärregiments Altauen, sowie des 3. Reservekorps, sämtlich aus dem Osten, in Vertretung von 300 000 Kameraden, haben dem Volkskongress in Berlin folgende Resolution vorgelegt: Die einseitige Zusammensetzung des Berliner Volkskongresses bietet uns Vertretern der Offfront keine Gewähr, daß die Interessen der Gesamtheit richtig vertreten werden. Wir fordern deshalb 1. den unverzüglichen Zutritt des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, 2. sofortige Zulassung der von den geschoffenen Armeegruppen der Ost- und Westfront zu entsendenden Delegierten für die Entscheidung aller für das neue Deutschland grundsätzlichen und militärischen Fragen. In der Nichterfüllung dieser Forderungen erblicken wir die schwerste Gefährdung der deutschen Reichseinheit. Wir erklären noch ausdrücklich, daß die Offfront geschlossen hinter der jetzigen Regierung steht.

Die U- und S. Mite von der Entente nicht anerkannt.

Der Schweizer Brest-Telegraph meldet Minister Wilson erklärte im Kammerbesuch, daß mit den Verhandlungen des deutschen Arbeiter- und Soldatenrates auch über die Verlängerung des Waffenstillstandes nicht verhandelt werden dürfe.

Der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung für die Reichsregierung.

Der Soldatenrat der Obersten Heeresleitung hat gestern an den Gouverneur von Kiel, Reichstagsabgeordneten Roske, folgenden Rundpruch gerichtet: „Wir begrüßen lebhaft die Kundgebung der Kameraden von der Marine und schließen uns der von ihnen ausgesprochenen Entschlossenheit gegenüber den Vorgängen in Berlin rückhaltlos an. Wir verurteilen mit ihnen auf das Schärfste das Treiben gewisser Minderheiten, weil wir darin die größte Gefahr für die Errungenschaften der Revolution und den Bestand des Reiches erblicken. Ebenso sind wir mit den Matrosen in Kiel eins in dem Wunsche nach einer Nationalversammlung, die alsbald unter Mitwirkung aller noch unter den Waffen Stehenden einzuberufen ist. Bis dahin halten wir es für unsere Pflicht, die Regierung Oberstaats mit allen Mitteln zu unterstützen.“

Die Besetzung Deutschlands.

Der Londoner „Daily Chronicle“ sagt: „Jeden eine verantwortliche Regierung über verantwortliche Regierungen müssen vom deutschen Volk eingesetzt werden, sonst können wir keine andere Wahl haben, als Deutschland selbst zu besetzen, bis die Schwierigkeiten behoben sind. Zu diesem Vorhaben würde man sich natürlich nur mit größtem Widerstreben entschließen.“

Eingang der Alliierten in Berlin?

Am dem Plane eines demonstrativen Einganges der alliierten Truppen durch das Brandenburgertor in Berlin wird nicht nur von französischer, sondern auch von englischer Seite unbedeutend festgehalten.

„Kein Brot für die Volkswölfen.“

Der Schweizer Brest-Telegraph berichtet aus New York: Wie die Zeitungen melden, hat die amerikanische Regierung über die Ernährungsfrage in Deutschland verschiedene Informationen von Sachverständigen eingeholt, um festzustellen, ob die deutschen Ausgaben über eine Hungersnot auf Tatsachen beruhen. Nach dem Gutachten dieser Sachverständigen soll Deutschland bis April eventuell bis Mai genügend Lebensmittel besitzen. Die Zeitungen schlagen vor, Lebensmittel nach Europa zu schicken, die aber vorläufig in den Deutschland angrenzenden Ländern aufzusammeln sind, und vorerst abzuwarten, wie sich die Lage in Deutschland entwickelt und ob die Küste aufrecht erhalten werden könne. Man muß nach dem Grundsatze verfahren: Kein Brot für die Volkswölfe.

Die Zahl der Teilnehmer am Friedenskongress.

Nach Pariser Meldungen wird mit der Teilnahme von wenigstens 1500 offiziellen Persönlichkeiten am Friedenskongress gerechnet. Die Zahl der Teilnehmer ohne direktes Mandat dürfte nach den Vorbereitungen, die in Paris zu ihrer Unterbringung getroffen werden, wenigstens das Dreifache betragen.

Erleichterungen im Verkehr mit Elsaß-Lothringen.

In der letzten Sitzung der Waffenstillstandskommission teilte der französische Vorsitzende ein Telegramm folgenden Inhalts mit: Auf Befehl von Marshall Foch verkehren diezüge in Elsaß-Lothringen entsprechend dem Vorschreiten der französischen Truppen bis zu den Linien der Vorposten. Diese dürfen weder in der einen noch in der anderen Richtung überschritten werden. Ausgenommen sind Lebensmittel- und Materialtransporte. Die Regelung des Personenverkehrs erfolgt. Dringlich ist die Herbeischaffung der notwendigen Mittel für die Inbetriebnahme in Elsaß-Lothringen. Dies gilt besonders für Koks aus der Ruhrgegend für Diebenthal, dessen Heranschaffung seit dem 19. November bereits zugelassen ist. Der Brest-Telegraphen- und Telephonverkehr nach Lothringen ist bereits wieder zugelassen. Es darf damit gerechnet werden, daß im Laufe der nächsten Tage weitere Erleichterungen im Verkehr mit Elsaß-Lothringen zu erwarten sind.

Räumung widerrechtlich besetzten Gebiets.

Das Oberkommando der Truppen in der Pfalz teilt mit: Nach Meldung der pfälzischen Bezirksämter räumen die Ententetruppen die Ortschaften an der Südgrenze der Pfalz, die sie entgegen dem Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen vorzeitig besetzt hatten. Anschließend erfolgte die Räumung auf Grund des Einspruches der Waffenstillstandskommission.

Die Auslieferungspflicht für Eisenbahnmaterial.

Das Reuterische Büro erklärt, daß die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen hinsichtlich der Auslieferung der Lokomotiven, Eisenbahnwagen usw. sich immer schwieriger gestaltet infolge des schlechten Zustandes des rollenden Materials. Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß die Frist für die Auslieferung bis zum 1. Dezember verlängert wird.

Der Wert des ausgelieferten Kriegsmaterials.

Der „Secolo“ meldet aus Paris: Im Kammerbesuch wurde der Wert der von Deutschland ausgelieferten Eisenmaterialien an Kriegsschiffen und rollendem Material auf rund zwei Milliarden Franken beziffert.

Die roten Wölfe.

Die Franzosen besetzen auch auf bairischer Seite die Rheinbrücken bei Weiskirchen und Sasbach und pfanzten die Trifolore auf. Die Franzosen bekundeten, daß auf jeden deutschen Soldaten geschossen werden würde, der sich mit roter Schleiße oder Fahne bei den Brücken sehen ließe.

Deutsche Einladung an Wilson.

Wie der „Lof. Vng.“ hört, wird von einflussreichen Kreisen auf die Regierung dahin eingewirkt, daß von deutscher Seite eine Einladung an den Präsidenten Wilson gerichtet werden möge, auch Deutschland oder einen deutschen Hafen zu besuchen, falls er sich zur Friedenskonferenz nach Europa begeben sollte.

Redaktion: Auergebirge, Nr. 277, 13. Jahrgang. Druck: Auergebirge, Nr. 277, 13. Jahrgang. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Quartal. Fernsprecher: 53. Für unerlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

artei
Engel
Volks
Hef
die W
nd.
Du
Buch
Wähl
sag Dir
mal, Du
erleibt
Mieder
eigene
u.
r.
g.
stelle
immenda
ene Ge
es unter
bel
ht.
en
mpfiehlt
R 13.
ng.
ben ob,
2 Jahr
ob, als
acht
Tagebl.
nung
en, rüch
von la
schicht
ab
der W. T.
neblatt.
ten
s 14. p.
igen
blatt

Bethmann-Hollweg über die Schuld am Kriege. Ein offenes Bekenntnis.

Nunmehr hat auch der frühere Reichskanzler Bethmann-Hollweg im Anschluß an die bayerischen, jetzt anscheinend aber wieder eingestellten Veröffentlichungen über die Schuld am Kriege in einer Unterhaltung mit einem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ sich über diese delikate Frage geäußert. Nachdem er zunächst darauf hingewiesen hatte, daß und warum Deutschland verpflichtet war, sich im serbischen Konflikt 1914 an die Seite Österreich-Ungarns zu stellen, fuhr er fort: „Ich habe am 4. August offen und ehrlich über Belgien gesprochen. Ich bleibe noch heute bei jedem meiner damaligen Worte stehen. Dann Elsaß-Lothringen. Eine Auseinandersetzung darüber, ob Deutschland mit seiner Annexion im Jahre 1871 ein Unrecht begangen hat oder ob jene Annexion von dem Standpunkte des internationalen Rechts und Unrechts, ähnlich wie die zahllosen Annexionen zu beurteilen sind, welche unserer Vorgänger im Laufe der Geschichte für sich vorgenommen haben, eine Auseinandersetzung hierüber würde jetzt wohl kaum zum Ziele führen. In den 14 Punkten des Präsidenten Wilson wird aber das Anerkenntnis klar ausgesprochen, daß es im praktischen Effekt die Aspirationen Frankreichs auf den Rückeroberung Elsaß-Lothringens waren, welche im letzten halben Jahrhundert die Welt nicht zur Ruhe kommen ließen. Unsere Schuld erblicke ich darin, daß wir es nicht verstanden haben, Elsaß-Lothringen eine Behandlung angedeihen zu lassen, welche seine Bewohner den Wechsel ihrer staatlichen Zugehörigkeit allmählich vergehen ließ, und welche es zugleich hätte verhindern können, daß in großen Teilen der Welt allmählich das Gefühl von dem gewaltigen, von uns im Jahre 1871 begangenen Unrecht entstand, ein Gefühl, das im Jahre 1871 speziell in England und Amerika durchaus nicht Gemeingut war. Vor allem aber müssen wir zugeben, daß wir durch Mängel unserer Nationalcharaktere und Sünden anderer allgemeiner Gebarens zu der kriegerischen Hochspannung beigetragen haben, welche die politische Atmosphäre nicht nur im letzten Jahrzehnt erfüllte. Worte, die als Provokation gedeutet werden konnten, sind wiederholt gefallen. Alldoische Treibeuren haben uns im Ausland und Inland größten Schaden zugefügt, und vor allem war es die sogenannte Flottenpolitik, die uns in verhängnisvolle Gegenstände geführt hat. Wie ich die Verantwortung, die unsere Gegner trifft, nur in ihren großen Momenten skizziert habe, so auch unseren Teil an der Schuld.“

Die Untersuchung der Schuld am Kriege.
Die Reichsregierung hat beschlossen, daß alle politischen Ämter, d. h. des Auswärtigen Amtes, des Militärkabinetts und des Oberkommandos in den Marken unter die Obhut des Rates der Volksbeauftragten gestellt werden.

Eisner gegen Solz.
Die Münchener Korrespondenz Hoffmann erklärt: Vom bayerischen Minister des Reichs Eisner wurde nachstehendes Telegramm an den deutschen Gesandten in Bayern zur Übermittlung an das Auswärtige Amt gesandt: Die neuerlichen Versuche, die alte Methode des Auswärtigen Amtes fortzusetzen, das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium des Auswärtigen des Volksstaates Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes abzulehnen. Kurt Eisner. — Eisner verlangt auch die Befreiung des (sozialistischen) Unterstaatssekretärs im Ausw. Amt, Dr. David, sowie Erzbergers und Scheidemann.

Verlangen nach Auslieferung führender Persönlichkeiten.
„Comme libre“ in Paris veröffentlicht eine Liste derjenigen führenden Persönlichkeiten Deutschlands und Österreichs, deren Auslieferung von den Alliierten in der Friedenskonferenz verlangt würde. Es befinden sich darunter: Ludendorff, Tirpitz, Capelle, General Hoffmann, der Kaiser, der Kronprinz, General Falkenhayn, Höpffner und einige weitere zwanzig Namen, aber nicht Hindenburg und Kronprinz Rupprecht. Neutrale Staaten, wohn die Genannten sich bis dahin geflüchtet haben sollten, würden zu ihrer Auslieferung gezwungen werden.

Churchill über die Bestrafung der Kriegsschuldigen.
Im Laufe einer Rede in Dundee erklärte der englische Minister Churchill in Beantwortung einer Frage über die Friedensbedingungen: Wir sind völlig ungebunden hinsichtlich der Freiheit der Meere. Die deutsche Nation als Ganzes war an diesem Angriffskriege schuldig. Sie haben alle dafür zu zahlen. Jeder einzelne Deutsche, der bestimmter Verbrechen des Krieges schuldig ist, oder zur See überführt werden kann, oder nachweislich Gefangene grausam behandelt hat, sollte vor Gericht gestellt und wie ein Verbrecher bestraft werden, wie hochgestellt er auch sei. Die juristischen Berater der Krone sind beschäftigt, diese Frage zu prüfen, damit wir instande sind, unsere Anklage gegen die Schuldigen vorzubereiten.

Und wie steht es mit den Baralong-Wärtern usw.?

Die Schuldfrage in Oesterreich.
Die Untersuchungen, die gegen eine Anzahl von Diplomaten und Generälen wegen ihrer Schuld am Ausbruch des Weltkrieges bzw. ihrer Führung im Kriege eingeleitet werden soll, dürfte sich, wie verlautet, auch auf den früheren Kaiser Karl sowie auf die Erzherzöge Friedrich, Eugen, Peter Ferdinand und Joseph Ferdinand erstrecken. Die Generäle v. Arz, v. Höpffner, Potiorek, Danik, Brudermann, Waldstein, Wurm und Pfanzagl-Waltrich sollen unter Aufsicht gestellt werden, ebenso mehrere Gesandte und hohe Beamte des

Kriegsministeriums, welche letztere sich an Kriegslieferung beteiligten. Es heißt, daß General Ruffenberger mit der Leitung der militärischen Untersuchung beauftragt werden soll.

Vom Kaiser.

Die Frage der Auslieferung.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ äußert sich zu der Frage der Auslieferung Wilhelms II. wie folgt: „Es ist hier und da die Meinung ausgesprochen worden, daß der Kaiser als Missetäter ausgeliefert werden soll. Wir lassen es dahingestellt, inwieweit Wilhelm II. persönlich für den Krieg verantwortlich ist und moralisch als missetäterische Persönlichkeit betrachtet werden muß. Darüber muß erst Klarheit geschaffen werden. Aber nehmen wir an, daß seine Schuld wahrscheinlich ist, so ist unserer Ansicht nach die Stelle, die seine Auslieferung fordern könnte, die deutsche Regierung und nicht die französische oder englische.“

Die Kaiserin in Holland.

Die Frage des weiteren Aufenthaltes der Kaiserin ist nunmehr endgültig entschieden worden. Die Kaiserin wird heute Donnerstag in Venedig auf holländischem Boden eintreffen.

Judenverfolgungen in Lemberg.

Mehrere tausend Todesopfer.

In Wien aus Lemberg eingetroffene Reisende berichten über große Judenpogrome vom 22. bis 24. November. Am 22. November begannen ausgedehnte Plünderungen der jüdischen Geschäftsräume und Häuser. Die Plünderer, unter denen sich viele Frauen befanden, standen unter dem Befehl von Offiziere in der polnischen Legion. Am 23. brannte das ganze Judenviertel in Lemberg. Wer auf der Straße erschien, wurde niedergeschossen. Das Wasser wurde abgesperrt, um Lösungsversuche zu verhindern. Der Tempel wurde zerstört. Am Morgen des 24. wurden viele Leichen weggeschafft. Am 24. wurde das Ständrecht verhängt.

Das Pressebureau in Wien teilt mit, ein in Wien eingetroffener Augenzeuge berichtet, daß die Judenpogrome, welche nach dem Einzug der Polen in Lemberg stattfanden, alle bisherigen Vorurteile an Zurechenbarkeit und Ausdehnung weit übertrafen. Unter dem Kommando jüdischer Offiziere zogen die Legionäre in Doppelreihen zu den jüdischen Straßen und begannen eine systematische Plünderung. Die verschlossenen jüdischen Geschäfte wurden mit Handgranaten und Bajonetten geöffnet und ausgeraubt. Häuser in Brand gesteckt. Die Bewohner, die sich zum Teil durch Hinabspringen aus den Fenstern zu retten versuchten, wurden mit Kugeln empfangen. Drei Tempeln und 80 Häuser sind eingeschert. Bisher wurden etwa 600 Tote gezählt. Etwa 10.000 Juden sind vollkommen obdachlos. 80 Prozent der jüdischen Bevölkerung sind materiell zugrunde gerichtet. Der Pogrom dauerte von Freitag morgen bis Sonntag mittag, erst dann wurde das Ständrecht proklamiert. — Nach neueren Nachrichten beträgt die Zahl der Toten 2000 bis 3000.

Kleine politische Meldungen.

Befehung Wiens durch Italiener. Der „Corriere“ in Mailand meldet, daß italienische Truppen zur Befehung Wiens abgegangen seien und droht mit der Befehung Münchens. „Sabbatini“ endgültig gerächt? Wie der „Bogen“ meldet, geben die Italiener in Sabotage bekannt, daß die Befehung des Landes bis zum Reichenscheide, zum Brenner und Tirol als endgültig angesehen sei.

Die Offensive Rumäniens gegen Ungarn. Die „Morning Post“ meldet aus Jassy: Der König hat den Oberbefehl über das in Siebenbürgen einmarschierende rumänische Heer übernommen. Das mobilisierte Heer ist 450.000 Mann stark. General Hoffmann interniert. Wie der Züricher Anzeiger vermeldet, ist der von den Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk allgemein bekannte General Hoffmann in der Festung Kowno in Litauen vorläufig interniert worden. Prinz Leopold von Bayern, der nach Anfang November in Altona wollte, ist in einem Dorfe in der Nähe von Kowno interniert.

Rückkehr der Belgoländer. Die in Altona wohnenden Belgoländer, die seit Kriegsbeginn von der Insel Fortgeschafft worden waren, haben Anweisung erhalten, in der nächsten Woche mit ihren Angehörigen nach Belgoland zurückzukehren. Es handelt sich um 2000 Personen.

Internationalisierung Rußlands? Laut „Financial News“ herrscht in der Londoner City die Auffassung, daß die Ereignisse zu einer internationalen Souveränität über Rußland drängen, nach dem Beispiel der britischen Wehrmacht in Mesopotamien.

Völkervereinigung in der Schweiz. Die Zürcher „Morgenzeitung“ erklärt, daß es völkervereinigende Schweizer Sozialisten gelingen sei, einen Vorschlag gegen die staatliche Munitionsfabrik der Schweiz, die sich in Thurgau befindet, auszugeben und dort 20.000 Patrone zu entnehmen.

Amerikanischer Wahlsfeldzug. Im State Ohio wurde amtlich ein Wahlsfeldzug für die Wahl des Generals Verding zum Präsidenten der Vereinigten Staaten für das Jahr 1920 eröffnet. Keine Klage über deutsche Kolonien. Der englische Minister Churchill sagte in einer in Dundee gehaltenen Rede, daß keine deutsche Kolonie Deutschland jemals zurückgegeben und ebenso kein erobertes Teil türkischen Gebietes der Türkei zurückerstattet werden solle.

Von Stadt und Land.

Aue, 29. November.

1. Weitere Stiftungen für die heimkehrenden Truppen. Für die in Aue erwarteten Landsturmbataillone haben weiter gestiftet: Herr Kommerzienrat Gantenberg 500 Mark, die Firma Erdmann Kirchs 300 Mark, Herr Daniel Hillmann 200 Eintrittskarten für sein Panorama.

Von der Stiftung des Apollo-Nichtspielhaus haben wir unseren Lesern Kenntnis gegeben, ohne daß wir dabei der Frage Gewicht beilegen, ob die Stiftung von der Firma, oder von dem Mitbesther Herrn Werthold für seine Person gemacht worden ist. Aus der Form unserer Notiz war das letztere zu schließen. Herr Werthold bittet uns, mitzuteilen, daß er die Stiftung für seine Firma gemacht habe und daß er von der Abfassung unserer Notiz keine Kenntnis hatte.

Lebensmittel am Freitag: Graupen, Zwieback, Rindergroßmehl.

Erhöhung der Brotration in Aue. Nunmehr ist die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg erschienen, durch die ab 1. Dezember eine Erhöhung der Brotration im Bezirke Schwarzenberg eintritt. Die Bekanntmachung ist in der heutigen Nummer unseres Blattes veröffentlicht.

Verammlung der Fortschrittlichen Volkspartei in Aue. Morgen Freitag, abend 6 Uhr wird im „Blauen Engel“ hier selbst eine Hauptversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei stattfinden, in der u. a. über den Beitritt zur Deutschen Demokratischen Partei (nicht d. Volkspartei) beschlossen werden soll. Das Referat hat Herr Oberlehrer Seif.

Die Jahrmärktebudenstadt ist über Nacht entstanden und in ihren Gassen drängen sich die Neugierigen um die Neuheiten zu bestaunen, die vor ihnen ausgebreitet sind. Im Allgemeinen hat sich das Bild gegen das Vorjahr wenig geändert — es ist im wesentlichen Kriegsware zu Kriegspreisen, die angeboten wird. Die Jahrmärkte in den Städten überleben sich immer mehr und in nicht allzu ferner Zeit werden sie nur noch auf entlegenen Dörfern zu finden sein.

Selbsthilfe bei Kleingeldmangel. Zur Behebung des Kleingeldmangels schreibt man uns: Fast ein jedes Geschäft hat ein Konto bei der Girokasse und kann auf dieses Platzanweisungen ausstellen, für die die Girokasse Vorbrude bereit hält, über 5 oder 10 oder 20 Mark. Die Unterschrift des Geschäftsinhabers ist gut für seine Angestellten und Arbeiter. Sie ist auch gut für jeden anderen Geschäftsmann am Ort, der die Unterschrift kennt und deshalb gehen solche Platzanweisungen in der Stadt und ihrer Umgebung von Hand zu Hand. Auch die öffentlichen Kassen nehmen sie und lassen sie sich bei der Girokasse gutschreiben. Es hat also jedermann die Möglichkeit, sich selbst zu helfen. Nehme deshalb Jeder ein Girokonto und benutze es richtig, dann gibt es keinen Geldmangel, weder für uns noch für das Reich.

Hauschlachtungen bis 31. Dezember 1918 gestattet. Mit Rücksicht auf die Lage der Kartoffel- und Getreideversorgung hat der Staatssekretär des Reichsernährungsamts die Bundesregierungen ersucht, anzuordnen, daß die Hauschlachtungen bis zum 31. Dezember 1918 beendet sein müssen und nur in besonderen Ausnahmefällen eine Verlängerung des Termins zulassen ist. Die nach dem 1. Januar 1919 noch in den Beständen ohne Genehmigung befindlichen schlachtfähigen Schweine sind, abgesehen von den Zuchttschweinen, auf deren Erhaltung mit allen Mitteln hinzuwirken ist, und von noch nicht abgenommenen Vertragschweinen, möglichst ohne Verzug zur Erfüllung der Schlachtwiehlage heranzuziehen.

Gegen Geldhamsterei und Steuerflucht richtet sich eine Bekanntmachung, die das sächsische Finanzministerium erläßt. Es heißt darin u. a.: Der Staatssekretär des Reichsschatzamts hat sich über das Finanzprogramm der neuen Regierung wie folgt ausgelassen: Die neue Regierung denkt nicht daran, irgend etwas von den Bedingungen der Kriegsanleihe, sowohl was die Schuldverschreibungen, wie auch, was die Reichsschatzamtweisungen betrifft, zuungunsten der Anteilhaber zu ändern. Was den Besitzern der Kriegsanleihe versprochen ist, werden wir unbedingt halten. Die Noten- und Gelbhämsterei hat sich zu einem Unfug ausgewachsen. Stocken die Zahlungen, so können heute mit Leichtigkeit Anruhen entstehen. Darüber hinausschwächen diese aus der Zahlungsnot sich ergebenden Zustände in unserem wirtschaftlichen Leben unseren Kredit im Auslande und wirken auf die Gestaltung unserer Valuta an den neutralen Märkten ungünstig ein. Außerdem sollte man bedenken, daß in den Randgebieten Deutschlands die Neigung, beim Deutschen Reich zu bleiben, durch kaum etwas anderes so stark geschwächt werden kann, wie durch Unsicherheit und Wirrwarr in unserem Geldverkehr und darüber hinaus in unserem Wirtschaftsleben. Ich werde gegen die Steuerhinterziehung in jeder Form mit der äußersten Schärfe vorgehen. Auch die sächsische Regierung steht auf dem vom Reichsschatzamt dargelegten Standpunkte und wird auch ihrerseits alle Mittel mit rücksichtsloser Schärfe in Anwendung bringen, um der gemeinschaftlichen Noten- und Gelbhämsterei entgegenzutreten und Steuerhinterziehungen in jeder Form zu unterbinden. Insbesondere wird auch die Verbringung von Vermögen außer Landes zwecks Steuerhinterziehung mit allen Mitteln bekämpft und mit strengen Strafen geahndet werden.

Entlassung von Offizieren. Bekanntmachung des Revolver- und Soldatenrates und des Ministeriums für Militärwesen: 1. Offiziere des Beurlaubtenstandes aller Rangklassen, die bis zum 8. Nov. 1918 bei den Dematormationen Dienst getan, diesen Dienst aber verlassen und bis zum 20. Nov. 1918 nicht wieder aufgenommen haben, werden hiermit aus dem sächs. Heere entlassen. 2. Des weiteren sind zu entlassen diejenigen Offiziere des Beurlaubtenstandes, die keine dienstliche Verwendung mehr finden können. 3. Etwaige Versorgungsansprüche haben die Entlassenen bei den für ihren Wohnort zuständigen Bezirkskommandos geltend zu machen.

Eine Massenversammlung aktiver Unteroffiziere des Korpsbezirks 19. Mehrere hundert Unteroffiziere des Korpsbezirks 19 versammelten sich dieser Tage in Leipzig und nahmen Stellung zu den politischen Umwälzungen. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen und an die Ministerien für Militärwesen Berlin und Dresden, sowie an den Rat der Volksbeauftragten Berlin abgesandt, in der es heißt: Die aktiven Unteroffiziere stehen entschieden auf dem Boden der politischen Neuordnung. Sie fordern aber: 1. Daß die neue Regierung die von der alten Regierung übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Unteroffizieren in vollem Umfang ausreicht erhält und daß sie die durch den Krieg aufs schwerste betroffenen Unteroffiziere wirtschaftlich sichergestellt. 2. Schadloshaltung

Der jüngeren Kameraden, die infolge der ungeklärten Verhältnisse zu einem früheren Ausscheiden aus dem Dienst gezwungen werden könnten. 3. Daß Arbeiter- und Soldatenräten verboten wird, aktive Unteroffiziere, die Kapitulant sind, gegen ihren Willen zu entlassen. Die Versammlung beschloß: In jeder Garnison eine Vereinigung aktiver Unteroffiziere zu bilden; außerdem wurde von der Versammlung ein Siebener-Ausschuß mit dem Sitz in Leipzig gewählt, der die Gesamtinteressen der aktiven Unteroffiziere des Korpsbereichs 19. U. R. vertritt.

Schulbücher-Monopol. Der preussische Kultusminister Adolf Hoffmann beabsichtigt, ein Monopol für sämtliche Schulbücher herzustellen. Dieses soll unter Ausschreibung der Privatverleger und Privatbuchhändler von Staats wegen verlegt und gedruckt werden.

Briefverkehr nach dem Auslande. Die bisherigen aus militärischen Gründen getroffenen Beschränkungen im Brief-, Postkarten-, Drucksachen- und Zeitungsverkehr nach dem nichtfeindlichen Auslande sind sämtlich aufgehoben worden. Es bleiben nur noch bestehen die Bestimmungen, wonach Briefe nach dem Auslande offen aufgegeben werden müssen, und Briefsendungen (einschließlich der Postkarten und Drucksachen) außer in deutscher nur in den für den Briefverkehr mit dem Auslande bisher zugelassenen fremden Sprachen abgesetzt sein dürfen. Ferner bleiben alle Beschränkungen für den durch die Post vermittelten Geldverkehr mit dem Auslande aufrecht-erhalten.

Vorbildlich. Aus Graudenz (Westpr.) wird gemeldet: In einer Versammlung des Graudener Bürgerturns teilte Geheimrat Kommerzienrat Benzki mit, daß er seinen gesamten Betrieb einer Arbeitergenossenschaft übergeben wolle. Alle Vordere sollen der Genossenschaft weit unter Tagespreis angerechnet werden. Auch sollen ihr einige Hunderttausend Mark Betriebskapital übergeben werden, das nur mit drei Prozent verzinst werden soll. Den übrigen Gewinn sollen Arbeiter und Angestellte teilen.

Deutschösterreichische Tagung in Chemnitz. In Chemnitz hatten sich Deutschösterreicher aus den größeren Städten Sachsens zu einer Beratung zusammengefunden. Auf Antrag des Herrn Wozniak wurde ein „Deutschösterreichischer Volksbund für Sachsen“ mit dem Sitz in Dresden gegründet. Der Ausschuss legte einen Satzungsentwurf vor, der Annahme fand. Zweck des Bundes ist die Wahrung der Interessen der Deutschösterreicher in Sachsen und die Vorbereitung des ersten Zusammenschlusses Deutschösterreicher an die deutsche Republik. Zuschriften und Anfragen sind vorläufig an Herrn Ritzschel, Chemnitz, Staberstraße 5 zu richten.

Cheater, Konzerte, Vergnügungen.

Lebende Hochzeit. Der zweite der beliebtesten Lebenden des Herrn Oberleutnant Hoffmann hat gestern Abend im Hotel Burg Wettin stattgefunden. Der Brautpaar war wiederum sehr gut. Herr Hoffmann hat ein neues Schauspiel des in Wien lebenden Dichters der „Könige“, Dr. Hans Müller, betitelt „Der Schöpfer“. Der interessanteste Akt ist nämlich an verschiedenen Bühnen mit Erfolg zur Aufführung gebracht worden. Es handelt sich um ein sehr interessantes psychologisches Problem, gesteuert und in packenden Szenen. Selber vertritt es uns der Pantomime, auf den Inhalt des Stückes näher eingehen. Jedenfalls folgten die Zuschauer mit gespanntester Aufmerksamkeit und entlosten den verdienstvollen Vorleser durch reichlichen Beifall.

Geschäftliche Mitteilungen. Eine reizende Vor-Weihnachtsgabe für Kinder ist im Verlag des Schreihäuses in Dresden, Wolfenbühlstr. 27, erschienen. Im künstlerischer Ausführung ist ein „Adventskalender“ geschaffen worden, der das Gemälde des Kindes in der Adventszeit auf den Tischen des herannahenden Weihnachtsfestes hinleitet. Der Kalender kostet nur 1.50 Mk.

Bielefeld, 25. Nov. In der letzten Gemeinderatsitzung wurde mitgeteilt, daß der Gemeindevorsteher zugleich als Ortspolizeibehörde, und die Beamten sich der neuen Volksgesetzgebung unterstellt und den Befugnissen des Rates der Arbeiter und Soldaten gestützt haben. Der Ortsausschuß hat eine Feststellung der Rat- und Lebensmittelpreise, der Milchproduktion, Güterbewirtschaftung, Arbeitsgelegenheit eingeseht. Der Gem.-Rat erkannte die Zuständigkeit des U. und S. Rates, an. Der Antrag des örtlichen U. und S. Rates auf Erweiterung des Gem.-Rates um einen unantastbaren Gem.-Vertreter und zwei unantastbare Gem.-Vertreter entspricht den Erwägungen des Rates bei Kriegsbeginn. Dem hier- nach aufgestellten 1. Nachtrag zum Ortsstatut wird zu-

gestimmt. Die Anträge des Gem.-Vorst. auf Einführung öffentl. Gemeinderatsitzungen und auf Aussetzung der Gem.-Ratsergänzungsabwahlen bis zur Neuordnung der Gemeinde-Verfassung wurden angenommen. Dem örtlichen U. und S. Rat überließ man Zimmer Nr. 8 im Gemeindeamt als Geschäftszimmer und für seinen notwendigen Aufwand ward ein Berechnungsgeld aus der Gemeindefasse bewilligt. Der 1. Vorsitzende des U. und S. Rates wurde als verfallungsberechtigt über das Girokonto erachtet. Zum Schluß berichtete der Vorsitzende über die Kartoffelversorgung.

Johanngeorgenstadt, 27. Nov. Der Allg. Konsumverein hat im verflochtenen Geschäftsjahr einen Umsatz von 329000 M. erzielt, ein Mehr dem Vorjahre gegenüber von 90000 M. Die Spareinlageguthaben erhöhten sich um 30164 M. auf 71765 M. Neben den Abschreibungen auf Hausgrundstück und Waren und nach Ueberweisung von 4500 M. an die verschiedenen Fonds sollen 10 v. S. Rückvergütung auf die Warenentnahme verteilt werden. Die Mitgliederanteile werden von 30 auf 50 M. erhöht.

Cainsdorf bei Zwickau, 27. November. Seines Amtes enthoben wurde der Verwalter der hiesigen Volksschule wegen bei dieser vorgekommener Unregelmäßigkeiten.

Zwickau, 27. Nov. In drei Rotationschilben traf das Infanterie-Regiment Nr. 133 aus dem Felde in seiner Garnisonstadt Zwickau ein, still aber herzlich begrüßt von der Einwohnerschaft. — In einer Versammlung von Vertretern der hiesigen Beamtenvereine, wurde nach einem Vortrag des Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Dietel der Bildung eines Beamtenausschusses zugestimmt, der in dem bestehenden Bürgererrat mitarbeiten soll.

Chemnitz, 26. Nov. Auf das von dem Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Deutler wegen der Auflösung der Stadtverordnetenversammlung an den Reichs-Landtag gerichtete Fernschreiben ist folgende Antwort eingegangen: „Dortiger U. und S. Rat ist unzufrieden mit der Erklärung über sein Vorgehen aufgefordert. Weiter Mitteilung vorbehalten. Reichsregierung.“

Wöhlig bei Berbau, 27. November. Unsere Stadt hat eine Garnison bekommen, indem das 2. Lothringische Infanterie-Regiment 131 hierher verlegt worden ist. Einen eigentümlichen Anblick bot der Einzug der Soldaten dadurch, daß ganze Familien aus Lothringen hier eintrafen, die nichts von der Besitzergreifung ihres Heimatlandes seitens der Franzosen sehen wollten.

Kunst und Wissenschaft.

Die Sächsischen Hoftheater. Das Sächsische Gesamtministerium hat beschlossen, die früheren königlichen Hoftheater nebst der Musikalischen Kapelle von Staats wegen als Landestheater in der bisherigen Weise fortzuführen und dem Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts zu unterstellen. Die geschäftliche Leitung und Verwaltung dieser Anstalten soll dem Geheimen Hofrat Dr. Adolf Übertrag; die künstlerische Leitung erfolgt auf gemeinschaftlicher Grundlage.

Todesfall. Der bekannte Kunstschriftsteller und Ehrenbürger Adine, Domkapitular Alexander Schnitzgen ist gestorben.

Vermischtes.

Der freigeliebte Erzherzog. Aus Budapest wird gemeldet: Erzherzog Josef erschien im Budapestener Ministerium und bot seine gesamten Ackerfelder zur Verteilung unter das Volk an. Der Ackerbauminister nahm das Angebot dankend zur Kenntnis.

Wilhelm II. mit Handschellen. Der berühmten Figur des Propheten Daniel am Dom in Metz, die die Hänge Wilhelms II. trägt, sind Handschellen angelegt und eine Tafel mit der Inschrift „Sic transit gloria“ („So vergeht der Ruhm“) umgehängt.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Situation im Reich.

Berlin, 28. Nov. Nach der neuen politischen Lage ist, wie Germania schreibt, damit zu rechnen, daß die Nationalversammlung schneller einberufen werden wird, als man bisher gedacht hat. Die Ereignisse sind im Begriffe, über den Widerstand der unabhängigen Sozialdemokraten hinwegzuschreiten. Wenn die Reichsregierung sich nicht bald dazu entschließt, den Wahltermin festzusetzen, werden, darauf deuten alle Anzeichen hin, unsere Feinde die Einberufung dem deutschen Reich einseitig diktieren. In der Post heißt es: Der Reichsleitung ist aus der Reichskonferenz zweifelsohne eine weitere starke Stütze erwachsen.

Man hat von der Errichtung eines Reichspräsidenten abgesehen und die Führung der Reichsgeschäfte bis zur Nationalversammlung weiter vertrauensvoll in die Hände der jetzigen Reichsregierung gelegt.

München gegen Berlin.

Berlin, 27. Nov. Der Vorwärts meint, daß Eißner mit seinem neuesten Schritt gegen die gegenwärtigen Vertreter des Auswärtigen Amtes (siehe auch unten „Politik“) in der heutigen Nummer (anf. Bl.) der Reichsleitung ihre schwierige Lage nicht erleichtert habe. Er sagt: Warum von München aus der Bogen so überspannt wird, versteht man in Berlin nicht. Münchener glauben sogar schon, Bayern wolle das Beispiel der Ukraine nachahmen und sich für den Preis der Reichsregierung um einen billigen Frieden erkaufen. Dem steht die harte Erklärung Eißners für die Erhaltung der Reichseinheit gegenüber. Wir glauben aber nicht, daß Eißner auf dem richtigen Wege ist, die Reichseinheit zu festigen und bessere Friedensbedingungen für Deutschland zu erreichen.

Die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland.

Berlin, 27. Nov. Der Rat der Volksbeauftragten hat die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Anklage wegen völkerrechtswidriger Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland beschlossen. Als Kommissionsmitglieder sind in Aussicht genommen Staatssekretär a. D. Trimborn, die Unterstaatssekretäre Wernstein vom Reichsjustizamt, Dr. Cohn vom Reichsjustizamt, der Württembergische Gesandte Hildebrand, Prinz Schönaich-Carolath, Geheimrat Dove, Professor Schäding-Warburg (als Vorsitzender), Oberst von Fransecky als Vertreter des Kriegsministeriums, Kapitän z. S. Danjelow als Vertreter des Reichsmarinemtes.

Französische Gewalttat.

Berlin, 27. Nov. Das Auswärtige Amt teilt mit: Aus Reuenburg in Baden telegraphiert Kreisdirektor Dall-Wülhausen im Esch: Am 20. Nov. haben auf französischen militärischen Befehl der Kreis- und Polizeidirektor Dall, der Regierungsrat Freiherr von Viebra und die Regierungsratsmitglieder Dr. Bogta und Klinger als höhere Beamte der Kreisverwaltung ihr Amt niedergelegt. Der französische Administrator Gasser hat die Verwaltung der Kreis- und Polizeidirektion übernommen. Dieses Verfahren steht im Widerspruch mit den vor der Einsetzung der zurückbleibenden deutschen Beamten gegebenen Versicherungen.

Die Pressefreiheit.

Berlin, 27. November. Der Rat der Volksbeauftragten hat sofort bei Uebernahme der Regierung vollkommene Pressefreiheit verkündigt. Es ist deshalb unzulässig, daß von Arbeiter- und Soldatenräten oder irgend welchen anderen Stellen in die Pressefreiheit eingegriffen wird.

Die Schuldigen.

London, 27. Nov. (Reuters.) Evening Standard erzählt aus zuverlässiger Quelle, daß ein Punkt der Tagesordnung der Friedenskonferenz die Ermöglichung der Positionen des Kaisers, des Kronprinzen und anderer Persönlichkeiten bilden werde, mit der Absicht, sie wegen ihrer während des Krieges gegen das Völkerrecht begangenen Vergehen gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen.

London, 27. Nov. Im Distrikt East Hise ist Waquist bei den Parlamentswahlen als Gegenkandidat die Witwe des 1917 an der Front gefallenen Obersten Hope gegenübergestellt worden. Sie fordert die Hinrichtung des Kaisers. (II)

Die Auslieferung des Kaisers.

Paris, 27. November. Echo de Paris meldet aus London: In Beantwortung von Neuherungen der Entente, welche die Internierung des Kaisers in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der deutschen Armee fordern, hält die holländische Regierung ihre Auffassung aufrecht, nach welcher der Kaiser, nachdem er abgedankt hat, nicht mehr als Glied der Armee angesehen und demgemäß auch nicht interniert werden könne. Matin erzählt aus London, daß die Alliierten, die hinsichtlich des Kaisers zu treffenden Maßnahmen sehr sorgfältig prüfen, aber die Angelegenheit als heikel angesehen. Die holländische Auffassung sei, daß Personen, deren Auslieferung in Betracht komme, nicht ausgeliefert werden könnten ohne Zustimmung des Landes, dem sie angehören. Man hoffe, daß Holland seine Auffassung ändern werde, denn wenn die deutsche Regierung sich weigere, in die Auslieferung des Kaisers zu willigen, so könne man nicht sagen, was für eine Wendung die Dinge nehmen werden.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann. — Druck und Verlag: Ruer-Zeitung u. Verlagsgesellschaft m. b. H.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Nachdem durch das Demobilisationsamt die Verwendungsvorbote und Freigabeverfahren für

Eisen und Stahl

aufgehoben sind (Bekanntmachung E. 50. 8. 17 K. R. A. und Nachtragsbestimmungen hierzu), ist die Ausstellung von Bezug- und Bedarfsscheinen für neuherzustellende Fabrikations-einrichtungen und Betriebsanlagen eingestellt worden.

Die Verwendung jeder Menge Eisen und Stahl, sowie daraus hergestellter Halb- und Fertigprodukte ist demnach frei. Die festgesetzten Höchstpreise für Eisen und Stahl werden hieron nicht berührt und bleiben in Kraft.

Im Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrates XIX. U. R.:

Die Kriegsamtsstelle Leipzig.

geg.: A. Schäfer, Arch. Dirckens

Berein der Fortschrittlichen Volkspartei für Aue und Umg.

Freitag, den 29. dieses Monats, abends 8 Uhr, im Hotel „Blauer Engel“

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

- 1. Berichte des Vorstandes.
- 2. Beschlussfassung über den Antrag des Gesamtvorstandes, der Deutschen Demokratischen Partei beizutreten.
- 3. Neuwahlen.
- 4. Stellungnahme zur jetzigen politischen Lage. (Referent: Herr Oberlehrer Heß.)

Die verehrten Mitglieder werden unter Hinweis auf die Zeitverhältnisse und die Wichtigkeit der Tagesordnung gebeten, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Der Gesamtvorstand.

A. Frische, Vorsitzender.

Verordnung

Betreff. den Verkauf und Verbrauch alkoholischer Getränke während der Demobilisierung.

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung während der Demobilisierung wird folgendes verordnet:

§ 1. In Bahnhofsrestaurants und in den in der Nähe der Bahnhöfe gelegenen Wirtschaften, Flaschenbierhandlungen und Kleinverkaufsstellen von Branntwein ist die Abgabe alkoholischer Getränke an alle in Demobilisierungstransporten gebürigen Personen verboten.

§ 2. Die Verabreichung von alkoholischen Getränken an die Teilnehmer solcher Transporte als Liebesgaben auf Bahnhöfen ist verboten.

§ 3. Angewiesen ist auch den Gastwirten an Orten, wo Truppen in Demobilisierungszwecken untergebracht sind, die Verabreichung alkoholischer Getränke an Personen, die zu den zu solchen Zwecken untergebrachten Truppen gehören, untersagt.

§ 4. Die Ortspolizeibehörden sind zur Durchführung dieser Verbote nach Maßgabe des örtlichen Bedürfnisses und zur Überwachung der gefährdeten Stellen durch ihre Organe verpflichtet, während sie von den Kommandanten bez. Vorständen der Bahnhöfe rechtzeitige Mitteilung über das Eintreffen von Demobilisierungstransporten zu gewärtigen haben.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Haftstrafe bis zu sechs Wochen oder Geldstrafe bis zu 150 M. bestraft.

§ 6. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Bekanntgabe in Kraft. Dresden, den 12. Nov. 1918. **Ministerium des Innern.**

Unter alkoholischen Getränken im Sinne der vorstehenden Verordnung ist das jetzt gebräuchliche Einheitsbier nicht mit zu verstehen. Aus, den 27. November 1918.

Der Rat der Stadt. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Brot- und Mehration.

Unter Aufhebung der Bekanntmachung des Bezirksverbands der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg vom 26. September 1918 wird folgendes bestimmt:

Es haben vom 1. Dezember 1918 ab zu erhalten:

a) Kinder im 1. Lebensjahre wie bisher 1 Vollmarke über wöchentlich 1 Pfund Brot oder 300 Gramm Mehl.
b) Kinder im 2., 3. und 4. Lebensjahre wie bisher 2 Vollmarken über insgesamt wöchentlich 2 Pfund Brot oder 600 Gramm Mehl.

c) Kinder im 5. und 6. Lebensjahre statt bisher wöchentlich 3 Vollmarken über insgesamt 3 Pfund Brot oder 900 Gramm Mehl künftig 4 Vollmarken über insgesamt wöchentlich 4 Pfund Brot oder 1200 Gramm Mehl.

d) alle übrigen Personen statt bisher wöchentlich 4 Vollmarken über insgesamt 4 Pfund Brot oder 1200 Gramm Mehl künftig 5 Vollmarken über insgesamt wöchentlich 5 Pfund Brot oder 1500 Gramm Mehl.

Die gleiche Menge erhalten auch die nach den Vorschriften der Reichsgesetzgebung vom Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg mit Brot zu versorgenden Militärpersonen sowie Militärvollwachen.

e) Militärpersonen, die besonders anstrengenden Dienst verrichten und deswegen von der zuständigen militärischen Dienststelle dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg als zulageberechtigt bezeichnet sind, Marken über wöchentlich 5 1/2 Pfund Brot oder 1650 Gramm Mehl.

f) Die Schwerarbeiter zu der unter d) festgesetzten Menge bis auf weiteres einen Zuschlag von wöchentlich höchstens 2 Vollmarken, jedoch nie vorbehaltlich einer anderweitigen durch die Betriebsleitung und den Arbeiterausschuß des betreffenden Betriebes festgesetzten Regelung Anspruch haben auf höchstens wöchentlich 7 Vollmarken über insgesamt 7 Pfund Brot oder 2100 Gramm Mehl.

Schwerarbeiter, werben und stillende Mütter sowie jugendliche Personen erhalten keinen besonderen Zuschlag mehr, sondern lediglich die unter d) festgesetzte Ration.

II. Die Brotmarken werden, mit Ausnahme der Brotmarken für den Schwerarbeiterzuschlag, durch die Ortsbehörden ausgegeben.

Die Brotmarken für den Schwerarbeiterzuschlag werden vom Bezirksverband Schwarzenberg denjenigen Arbeitgeberern ausgehändigt, für deren Betriebe von der hierfür gebildeten Kommission Schwerarbeiter anerkannt sind.

III. Um den Bezug der erhöhten Ration in der laufenden Brotmarkenperiode (17. November bis 14. Dezember 1918) zu ermöglichen, werden von den Ortsbehörden auf die Wochen vom 1. bis 14. Dez. 1918 an solche Personen, die nach dem Vorstehenden vom 1. Dez. 1918 ab eine erhöhte Brotration zu beanspruchen haben, Zuschlagsbrotmarken ausgegeben.

Schwarzenberg, den 27. November 1918.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Dr. Wimmer.

Der Arbeiter- und Soldatenrat

der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Oskar Schied.

Pferdefleischverkauf

bei Georg Brause, Schneebergerstr., Freitag, den 29. Nov. vormittag 8 bis nachmittag 1 Uhr auf die Nummern 8421 bis 9420 Abschnitt C der Pferdefleischkarte, auf den Abschnitt entfällt 1/4 Pfund. Aus, den 28. Nov. 1918. **Der Rat der Stadt.**

Beamte! Beamte! Kartoffeln.

Am 24. November d. Js. ist in Aue, Erz., für den amtshauptmannschaftlichen Bezirk Schwarzenberg die **Beamtenvereinigung für Aue u. Umgebung** gegründet worden. Sie hält am **Sonntag, den 1. Dezbr., nachm. 3 Uhr im Erzgebirgischen Hof** eine weitere **Bersammlung ab.**

Alle im Staats- und Gemeindedienst beschäftigten Beamten, Beamtinnen, Arbeiter und Arbeiterinnen, ferner alle Geistlichen u. Lehrer laden wir hierzu ein. Die gemeinsamen Interessen erfordern dringend den Zusammenschluß. **Der Einberufungsausschuß.**

Inhaber der von mir ausgegebenen Kartoffelbezugscheine werden gebeten, die Gutscheine bis Freitag mittag in meinem Geschäft vorzulegen. **Willy Möser** Mozartstr. 1. Teleph. 357. **Großer Sofa-Limbau** mit Schränken (Nußbaum), verschied. Matratzen, Nachtschränken (hell) und Kinderstuhle mit Gestell zu verkaufen. **Schmidt, Pappstraße 31.** **Verloren braunes Riffchen** (Inhalt 2 Spirituslampen). Da dringend gebraucht, geg. 20 Mk. Belohn. sofort abzugeben bei Fleischermeister **Ernst Becker.**

Apollo-Licht-Spiele
Aue, NS, Bahnhofstr.

Voranzeige
für Freitag bis Sonntag, 29. Nov. bis 1. Dezbr.

„Das rollende Hotel“.
Bestes Abenteuer des berühmten Detektiv Doc Deeds in 5 Akten.
Hauptrollen: Käthe Haack und Alfred Dehbo, Heinrich Schrotz als Detektiv Doc Deeds.

„Die Liebe eines Künstlers“
Schauspiel in 3 Akten.
Hauptrollen: Ingeborg Spangefeld u. Arne Weel.

Sonntag nachm. zur „Jugend“-Vorstellung:
„Wie Brüderchen und Schwesterchen das Christkind besuchten“.
Ein Weihnachts-Märchen.

Donnerstag, Freitag, Sonnabend nachmittag von 5-7 Uhr **Sonder-Vorstellung für die heimkehrenden Krieger.**

Ab 7 Uhr Beginn d. Abendvorst. Einlaß 1/7.
Höflichst laden ein **Apollo-Licht-Spiele.**

Die im gestr. Auer Tageblatt unter „Stadt und Land“ erfolgte Mitteilung, daß der **Besitzer** des Apollolichtspielhauses, Herr Berthold, für jeden Offizier, Unteroffizier und Mann je eine Eintrittskarte in **sein** Lichtspieltheater stiftet, ist dahin zu berichtigen, als Herr Berthold **nicht Besitzer** dieses Lichtspieltheaters, **sondern nur Teilhaber** ist.

Milda verw. Schneider, **Mitinhaberin.**

Militär-Verein Aue-Zelle.

Die Mitglieder unseres Vereins bitten wir, an der Freitag, den 29. ds., mittags 1/1 Uhr von Bahnhofstr. 44 aus stattfindenden Beerdigung unseres Kameraden **Karl Hermann Loos** recht zahlreich teilnehmen zu wollen.

DER VORSTAND.

Atelier für Photographie
Aue **Albin Uhlig** Aue
Bahnhofstr. 11. Bahnhofstr. 11

Aus dem Heeresdienst entlassen stelle ich meinem Geschäft in alter Weise wieder vor. Weihnachtsaufträge baldigst erbeten.

Künstler-Verband Dresden e. V.

Gemälde-Ausstellung

vom 13. November bis 1. Dezember im alten Sitzungssaale des Stadthauses z. Aue
Geöffnet täglich von 10-4 Uhr. Eintritt frei.

Moderne Trauringe

100 gestempelt 50 Mk.
das Paar von an
100 gestempelt 90 Mk.
das Paar von an
Alle Größen stets vorräthig.
Gravieren gratis.

Herm. Wolf, Zwickau
Uhrenmacher Rastenerstr. 91.

Zu verkaufen:
2 hölzerne Kinderbetten,
1 Sportwagen,
1 Puppenwagen.
Riberbauer Str. 5, 1.

Kopfhhaarwasser
in großer Auswahl empfiehlt preiswert **Stern & Gauger**
Zöpfe u. Perückenfabrik, Aue
Wettinerstr. 48 am Wettinplatz
Berechtlige amtliche Haarschnittsstelle für Kriegszwecke.

Neugebautes Wohnhaus
in Aue sofort zu verkaufen.
Preis 38 000 Mk., Mietins-
ertrag 2300 Mk.
Zu erf. im Auer Tagebl.

Sonn. Wohnung,
2 Stub., Kammer, Küche nebst
Kübel. u. Was u. Garten (nicht
abgel.) baldigst zu miet. gesucht.
Angeb. m. Preis unt. 4. T. 5339
an das Auer Tagebl. erbeten.

Fräulein sucht
Idyll möbl. Zimmer
Nähe desentrums.
Angeb. A. T. 5334 Auer Tagebl.

Gesucht zum sofortigen Antritt

Hilfs-Heizer u. Aschefahrer.

Elektrizitätswerk Obererzgebirg.
Schwarzenberg i. Sa.

Am Dienstag nachm. 1/28 Uhr ist aus einer Handwagen ein 10 kg schweres Paket starke **Gummilackelband** gekommen. Wahrnehmungen erbeten nach **Wettinerstr. 38.**

Der **Verband der Metallindustriellen**
E. V.
im Bezirk Zwickau gibt nachstehende **Stellenangebote** seiner Mitglieder-Firmen bekannt:

Größ. Fabrikräumlichkeiten
zur **Einrichtung einer größeren Stanzerei** zu mieten gesucht.

Möglichst in Aue oder Umgebung.

Gestl. Angebote unter **A. T. 5340** an die Geschäftsst. d. Bl.

Tüchtige Schlosser und Schnittbauer

bel hohem Lohn sucht

Ludwig Hutzler, Beierfeld, Sa.,
Metallwarenfabrik.

Tüchtige **Tischler und Stellmacher**
sowie selbständig arbeitende **Kastenmacher**
werden sofort eingestellt.

Horchwerke, Aktiengesellschaft, Zwickau i. Sa.